

# Ist die ÖVP (k)eine staatstragende Partei?

## Der Mai 2019

Am 18.05.2019 tritt Bundeskanzler Sebastian Kurz vor die Medien, verkündet „Genug ist genug“, besiegelt damit das Aus der schwarz-blauen Bundesregierung und kündigt Neuwahlen für den Herbst an. Kurz begründet sein Vorgehen mit dem vermeintlichen Sittenbild, das Strache im bekannten Ibiza-Video an den Tag legt. Er sei entrüstet gewesen, als er kurze Zeit davor das Video zum ersten Mal gesehen hätte.

### Die FPÖ hat zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits die richtigen Schritte gesetzt:

Strache und Gudenus sind umgehend zurückgetreten und man bot Kurz bereits eine Weiterführung mit Norbert Hofer als Vizekanzler an. Dieses Angebot, nämlich die Fortsetzung der konstruktiven Zusammenarbeit für Österreich, nahm Kurz nicht an. Danach geht er noch einen Schritt weiter und ersucht Bundespräsident Van der Bellen Innenminister Herbert Kickl aus der Bundesregierung zu entlassen. Man kann nur vermu-

ten, warum er diese Schritte setzte. Als Erklärung gab er selbst an, dass das gezeigte Sittenbild den Ausschlag gab und er bei Kickl nicht das nötige Aufklärungsbewusstsein sah. Schnell war jedoch klar, dass weder die Kronen Zeitung gekauft wurde (zumindest nicht von der FPÖ) noch wurden Staatsaufträge an Parteispender vergeben. Zudem sind in Österreich die Staatsanwaltschaften als Ermittlungsbehörden im Justizministerium eingegliedert und nicht in Kickls Innenministerium. Demnach könnte man auch andere Motive hinter den Entscheidungen von Kurz und seinem Beraterteam vermuten. Besonders Herbert Kickl stand fortan im Kreuzfeuer der Kritik.

**Er leistete im Innenministerium hervorragende Arbeit. Schützend stellte er sich etwa vor die Polizisten, die für unsere Sicherheit sorgen, führte eine konsequentere Migrationspolitik ein und erhöhte die Zahl der Abschiebungen massiv.**

Diese Tage gingen in die innenpolitische Geschichte ein: Eine Bunderegierung,

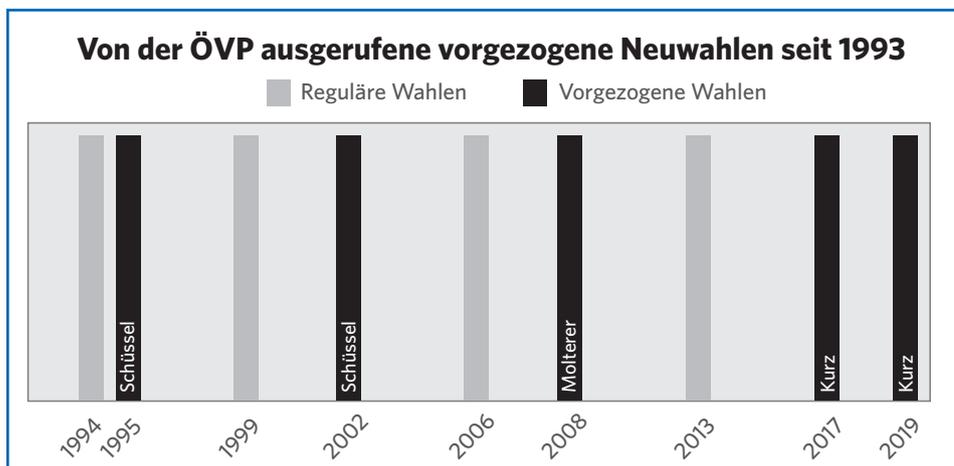
die in einem großen Teil der Bevölkerung Unterstützung fand, wurde möglicherweise aus parteipolitischer Motivation heraus kurzum gesprengt. Gesprengt von einer Partei, die ansonsten gerne von staatspolitischer Verantwortung spricht. In diesem Moment vermisste man die staatspolitische Verantwortung und den neuen Stil der neuen Volkspartei.



Gar nicht so neu: Ein Wahlplakat aus dem Jahr 1995.

## Doch ist das alles wirklich so neu?

Ganz im Gegenteil. In den vergangenen 25 Jahren kündigte die ÖVP ganze fünf Mal Regierungen auf. **1995** war es der damalige Vizekanzler Wolfgang Schüssel, der die rot-schwarze Bundesregierung beendete. **2002** war es dann Schüssel als Bundeskanzler. Er kündigte damals die erste schwarz-blaue Regierung auf. Die Ähnlichkeiten zu heute sind auffallend. Schüssel sah damals die ÖVP klar im Vorteil, da



die FPÖ heillos zerstritten war und heute wie damals war das Ziel, die FPÖ zumindest stark zu schwächen. Im Jahr **2008** meinte dann Vizekanzler Wilhelm Molterer, dass „es reicht“.

**2017** war es dann zum ersten Mal Sebastian Kurz, der damals der Zusammenarbeit mit der SPÖ keine Zukunft gab. Er sah die SPÖ am absteigenden Ast und nutzte die Chance selbst Bundeskanzler zu werden. Zum fünften Mal in der jüngeren Vergangenheit kündigte die ÖVP dann im Mai **2019** eine Regierung auf.

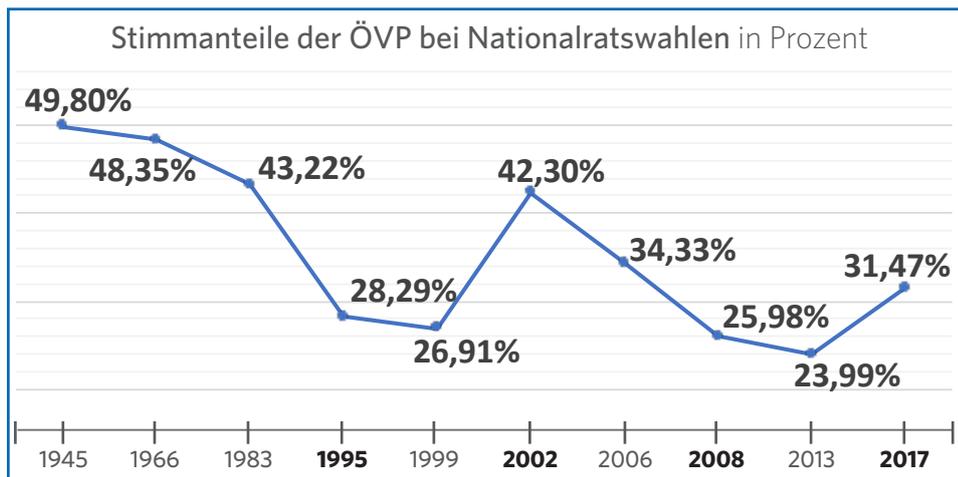
Die Freiheitlichen jedenfalls haben aus ihren Fehlern gelernt, stehen heute geschlossener denn je zusammen und bieten der Volkspartei die Stirn. Ein wesentlicher Unterschied zur Situation in den frühen 2000er Jahren ist, dass die Bevölkerung und die Parteibasis mit der Politik hochzufrieden sind.

Familienbonus Plus, Mindestpension, eine restriktive Zuwanderungs- und Abschiebepolitik, die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger sowie der Nichtbeitritt Österreichs zum UN-Migrationspakt sind nur ein kleiner Ausschnitt der Erfolge der freiheitlichen Regierungsbeteiligung in dieser kurzen Zeit.

Frei nach Norbert Hofer hätte sich der linke polit-mediale Mainstream noch gewundert, was alles Positive möglich gewesen wäre.

## Der Blick hinter die Kulissen

Die beiden etablierten Großparteien, ÖVP und SPÖ, kämpfen seit Jahrzehnten mit einem enormen Machtverlust. In den Anfängen der zweiten Republik bis in die 70er Jahre kamen sie auf einen gemeinsamen Stimmenanteil von über 90 Prozent. Durch das Erstarken der Freiheitlichen Partei und das Aufkommen anderer, kleinerer



politischen Kräfte wie den Grünen, den NEOS oder bereits wieder verschollenen politischen Projekten wie dem LIF, dem BZÖ oder dem Team Stronach, verloren sie kontinuierlich an Rückhalt in der Bevölkerung. Dieser Trend verstärkte sich und so kamen SPÖ und ÖVP im Jahr 2013 nur mehr auf knapp über die Hälfte der Stimmen. **Vor allem die ÖVP befand sich in dieser Zeit auf einem beispiellosen Sinkflug.** Dieser Tiefflug und die Angst in der politischen Versenkung zu verschwinden, führten wohl zu den zahlreichen Regierungsaufkündigungen durch die Volkspartei. **Statistiken legen nahe, dass die ÖVP stets in besonders schlechten Zeiten oder in Legislaturperioden mit berauschenden Umfrageergebnissen, Neuwahlen ausrief.** Sah es für

die Volkspartei mager aus, tauschte man den Spitzenkandidaten aus, etwa Busek auf Schüssel oder Mitterlehner auf Kurz. Fand sich die ÖVP in einem Stimmungshoch wieder, gab man dem Koalitionspartner die alleinige Schuld für das Scheitern der jeweiligen Regierung.

Die jüngere Geschichte zeigt also deutlich: **Der ÖVP geht es weniger um eine staatspolitische Verantwortung, sondern um Machterhalt.** Sie möchte das Beste für die Volkspartei herausheulen.

Mit der vergangenen Regierungsaufkündigung bewies Kurz, dass er nicht der Obmann einer neuen Volkspartei ist, sondern Chef der altschwarzen ÖVP mit türkischem Lack. Der Schmäh der sogenannten neuen Volkspartei zog übrigens schon bei Wolfgang Schüssel. Er plakatierte im Jahr 1995 beispielsweise „Die beste Wahl für Österreich Dr. Wolfgang Schüssel – Die neue Volkspartei“ oder „Wer die Pensionen bewahren will, muss das System verändern – Die neue Volkspartei“. Somit zeigt sich, dass nicht nur der Slogan „Die neue Volkspartei“ veraltet ist, sondern vor allem auch ihre Politik. Politik für die Bürger und ihre Heimat, gibt es eben nur mit der Freiheitlichen Partei.

